

Kölner Stadt-Anzeiger

KÖLNISCHE ZEITUNG | UNABHÄNGIG - SEIT 1802 - ÜBERPARTEILICH



Mit breiter Brust ins Derby

Der 1. FC Köln hat viel Selbstvertrauen vor dem Spiel in Gladbach, hebt aber nicht ab Seite 15

Alles im Fluss

Was die Traditionelle Chinesische Medizin rät Magazin



Montag, 9. März 2020 Kölner Stadt-Anzeiger Nr. 58 - SKL - Einzelpreis 1,80 €

Sanktionen für kriminelle Unternehmen

Bei Straftaten wie Korruption drohen hohe Bußgelder

Berlin. Union und SPD haben sich nach Angaben von Bundesjustizministerin Christine Lambrecht (SPD) auf letzte Änderungen beim geplanten Gesetz zur Bekämpfung der Unternehmenskriminalität geeinigt. „Wir sorgen mit dem Gesetz dafür, dass die ehrlichen Unternehmen nicht am Ende die Dummen sind“, sagte Lambrecht dem „Handelsblatt“. Wirtschaftskriminalität schade vor allem der Wirtschaft selbst und dem fairen Wettbewerb. Künftig müssen den Angaben zufolge Unternehmen, aus denen heraus Straftaten begangen werden, mit drastischen Sanktionen rechnen: Bei Vergehen wie Betrug, Korruption oder Umweltdelikten drohen Bußgelder von bis zu zehn Prozent des Jahresumsatzes. „Es wird endlich auch für Großkonzerne empfindlichere, an den Umsatz gekoppelte Sanktionen geben, die wirksam von Straftaten abhalten“, wird Lambrecht zitiert. (afp)

AfD rechnet mit Beobachtung durch Verfassungsschutz

Berlin. Die AfD-Spitze versucht, innerparteiliche Sorgen vor weiteren Schritten des Verfassungsschutzes zu zerstreuen. „Wir merken durch viele Gespräche, die wir überall im Land führen, dass es gerade bei Ihnen eine gewisse Verunsicherung gibt“, heißt es in einem Brief der Vorsitzenden Jörg Meuthen und Tino Chrupalla an die Mitglieder. „Deshalb lassen Sie es uns ganz konkret darlegen: Selbst wenn die politische Instrumentalisierung des Verfassungsschutzes auf die Spitze getrieben und die AfD tatsächlich als Verdachtsfall beobachtet werden würde, wäre das allein kein Anlass für Beamte, die Partei zu verlassen.“ (red) » Politik Seite 6

Pflegeversicherung deutlich im Plus

Berlin. Die Pflegeversicherung hat das vergangene Jahr mit einem deutlichen Plus von 3,5 Milliarden Euro abgeschlossen. Die Finanzreserven haben sich damit fast verdoppelt. Das geht aus der Antwort des Bundesgesundheitsministeriums auf eine Anfrage der Linken-Bundestagsabgeordneten Sabine Zimmermann hervor. Das Plus erkläre sich durch die Anfang 2019 erfolgte Beitragserhöhung um 0,5 Prozentpunkte. (dpa) » Wirtschaft Seite 9



Fans des 1. FC Köln im Rhein-Energie-Stadion

Keine Großveranstaltungen mehr in NRW

Laschet will Empfehlung von Spahn umsetzen – Italien riegelt den Norden ab – Erstes deutsches Todesopfer der Coronavirus-Epidemie

VON KENDRA STENZEL

Rom/Berlin. Wegen der schnellen Ausbreitung des Coronavirus sollen Großveranstaltungen mit mehr als 1000 Menschen in NRW vorerst abgesagt werden. Das sagte NRW-Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) am Sonntag in der ARD-Sendung „Bericht aus Berlin.“ Damit will Laschet die eine Empfehlung von Bundesgesundheitsminister Jens Spahn umsetzen. Spahn hatte zuvor angeregt, Veranstaltungen mit entsprechender Größe abzusagen, um die Ausbreitung des Virus zu verlangsamen.

Für Köln hat die Entscheidung weitreichende Folgen. Betroffen sind nicht nur das Rhein-Energie-Stadion, die Messe und die Lanxess-Arena, sondern zahlreiche weitere Veranstaltungsorte, wie das Palladium und der Musical-Dome. „Sollten wir gezwungen sein, Veranstaltungen abzusagen, wären die Folgen für uns dramatisch“, sagte Stefan Löcher, Geschäftsführer der Lanxess-Arena, dem „Kölner Stadt-Anzeiger“. Abgesehen davon, dass es so gut wie unmöglich sei, Nachfolgetermine mit den Künstlern zu finden, stelle sich die Frage, wer für die finanziellen Ausfälle geradestehen. „Das wird uns ein Vermögen kosten. Da es sich hier um höhere Gewalt dreht, werden wir keinen Ausgleich durch Versicherungen erhalten“, sagte Löcher. Spahn deutete unterdessen an, dass man über die wirtschaftlichen Folgen sprechen werde.

Was die Entscheidung NRW und möglicherweise weiterer Bundesländer für den

Sport heißt, ist noch unklar. Am Sonntag gab es noch keine Antwort darauf, ob zum Beispiel die Fußball-Bundesliga ihre Saison mit Geisterspielen fortsetzen wird.

Beim Robert Koch-Institut waren bis zum Sonntagabend mehr als 900 Infektionen mit Sars-CoV-2 erfasst. Die meisten Fälle bundesweit verzeichnet nach Informationsstand von Sonntag Nordrhein-Westfalen (knapp 400), gefolgt von Baden-Württemberg (rund 180) und Bayern (rund 170). Bayern meldete zwei „schwersterkrankte“ Patienten. Einer von ihnen habe mehrere Vorerkrankungen. Der andere sei ein älterer Mann, der bisher aber „sehr fit“ gewesen sei. In Köln wurden bislang 30 Infektionen nachgewiesen.

In Ägypten ist erstmals ein deutscher Staatsbürger nachweislich an den Folgen

einer Infektion mit dem Coronavirus gestorben. Es handle sich um einen 60 Jahre alten Mann, der vor einer Woche eingereist sei, teilte das Gesundheitsministerium am Sonntag mit. Es ist zugleich der erste bekannte Todesfall im Zusammenhang mit Covid-19 in Afrika.

Weltweit versuchen Regierungen, die Ausbreitung des Virus einzudämmen. Italien schränkt die Bewegungsfreiheit von rund 16 Millionen Bürgern im Norden des Landes drastisch ein: Die Menschen in der Lombardei und 14 anderen Provinzen dürfen die Zonen nur noch aus triftigem Grund verlassen oder betreten. Die Abriegelungen treffen Städte wie Mailand, Parma und Venedig. Italien ist der Staat in Europa mit den meisten bestätigten Sars-CoV-2-Infektionen. Bis Sonntag zählten die Behörden rund 6390 Infizierte. Mehr als 360 Menschen davon sind gestorben. Weltweit haben sich inzwischen mehr als 106 000 Menschen infiziert.

Deutlich zurück ging die Zahl neuer Infektionen in China. Seit dem Vortag kamen am Sonntag landesweit nur noch rund 45 Fälle hinzu. Seit Ausbruch der Epidemie wurden in China mehr als 80 000 Infektionen registriert, von denen bislang rund 57 000 wieder abgeklungen sind. (mit dpa)

» Thema des Tages Seite 2
» Kommentar Seite 4
» Politik Seite 5
» Wissenschaft Seite 8
» Lokales



NRW-Ministerpräsident Armin Laschet Foto: dpa

Krisengespräche zu Flüchtlingen

Erdogan trifft von der Leyen in Brüssel – Laschet spricht mit Mitsotakis

Brüssel. Zur Entschärfung des Migrationsstreits mit der EU reist der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan am Montag zu Gesprächen nach Brüssel. Dort werde er um 18 Uhr EU-Kommissionschefin Ursula von der Leyen und EU-Ratschef Charles Michel treffen, teilte dessen Sprecher am Sonntag auf Twitter mit und bestätigte damit Medienberichte. Es solle um Angelegenheiten zwischen

der EU und der Türkei gehen – unter anderem auch um Migration und die Lage im Bürgerkriegsland Syrien. Michel und von der Leyen dürften bei den Gesprächen versuchen, die Türkei wieder zur Einhaltung des 2016 geschlossenen EU-Türkei-Abkommens zu bewegen. Erdogan dürfte auf weitere finanzielle Hilfen dringen.

Nachdem Ankara vor einer Woche die Grenze zu EU für of-

fen erklärt hatte, ist das Verhältnis äußerst angespannt. Tausende Migranten machten sich auf den Weg Richtung EU. Griechenland wehrte sie mit Härte an den Außengrenzen ab. Die Europäische Union wirft Erdogan vor, gegen das Flüchtlingsabkommen zu verstoßen und die Staatengemeinschaft erpressen zu wollen. Zugleich signalisierten mehrere Staaten weitere Hilfsbereitschaft – vor-

ausgesetzt, die Türkei kehre zum Abkommen zurück.

NRW-Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) trifft sich am Montag mit dem griechischen Regierungschef Kyriakos Mitsotakis in Berlin, um über stärkere Unterstützung durch NRW-Polizisten an der griechischen Grenze zu sprechen. Derzeit sind dort sechs Landespolizisten im Einsatz. (dpa, red) » Politik Seite 6

RHEIN-ERFT

WELTFRAUENTAG

Chefin mit offenem Ohr für die Mitarbeiter

Marion Müller leitet ihr Unternehmen, einen Großhandel für Hygieneartikel, mit viel Rücksicht auf die Bedürfnisse ihrer Mitarbeiter. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sei ein wichtiger Pfeiler ihrer Firma, sagt die 57-Jährige. » Seite 29

NACHRICHTEN

GESCHICHTE

Kein Weimarer Chaos

„Der Feind steht rechts“ – 1922 sprach Joseph Wirth diesen Satz, 2020 Ralph Brinkhaus. Doch auch, wenn Parteien wie die AfD erstarben, darf man an den in Deutschland erreichten Grad demokratischer Normalität einige Hoffnung knüpfen. » Kultur Seite 22

KÖLNER HAIE

Pleite zum Abschluss

Die Kölner Haie haben ihr letztes Saisonspiel 1:4 in Augsburg verloren. Der KEC verpasste zum dritten Mal die Playoffs. Trainer Uwe Krupp wird nun die Saisonabschluss-Gespräche führen. » Sport Seite 18

INTERNET-REZENSIONEN

Die Online-Ratgeber

Unterwegs mit einer Gruppe Kölner, die ein außergewöhnliches Hobby teilen: Sie schreiben Bewertungen im Internet. » NRW Seite 3

LESERFORUM

» Seite 7

RHEINLAND-WETTER

Morgens Mittags Abends



SO ERREICHEN SIE UNS

Abonnenten-Service:
0221 / 925 864 20
Telefonische Anzeigenannahme:
0221 / 925 864 10
E-Mail:
ksta-redaktion@dumont.de
Kontakt:
Amsterdamer Str. 192
50735 Köln
Telefon: 0221 / 224-0
Fax: 0221 / 224-2524

www.ksta.de
twitter.com/ksta_news
ksta.de/telegram



4 190424 201803 10011